

PerGlobal



Diskussion

Europa 2003:

Wege der politischen Gestaltung der EU

Berlin, Mai 2003

Wege der politischen Gestaltung der EU

Die EU vor der Erweiterung

„Washington ist der große Gewinner der EU-Erweiterung“ titelte die International Herald Tribune am 09. Dezember 2002, vier Tage vor dem Erweiterungsgipfel in Kopenhagen. Vor dem Hintergrund einer offensiven Machtpolitik seitens der USA, die sich offen gegen internationales Recht stellt und multilaterale Vereinbarungen de facto aufkündigt, erscheint Europa auf der anderen Seite derzeit wie ein Haufen aufgeschreckter Hühner - uneins in so gut wie allen internationalen Fragen. Kann sich Europa, gerade in Hinblick auf die Erweiterung, zu einer politischen Einheit entwickeln und eine eigene glaubwürdige Politik abseits der USA formulieren?

Keine gemeinsame Linie

Offen verdeutlicht hat sich die Uneinigkeit der europäischen Staaten vor allem vor und während des letzten Irak-Krieges. Europa hat hier die Chance vertan, mit einer Stimme zu sprechen und dem aggressiven Kurs der USA etwas entgegenzusetzen. Zu unterschiedlich und vor allem zu mächtig sind die europäischen Nationalstaaten - die Parole „Britain first - Europe second“ gilt im übertragenem Sinn mehr oder weniger für alle europäischen Staaten.

Wesentliche Faktoren

Drei wesentliche Faktoren lassen sich dafür bestimmen. Erstens ist Europa weit von einer zentralen politischen Einheit entfernt. Europa und die europäische Einigung basieren auf nationalstaatlicher Souveränität, die gerade in außenpolitischen Fragen nicht abgegeben wird. Zweitens offenbart sich in kritischen Fragen ein fehlendes verbindendes Glied. So hat es jetzt die griechische Präsidentschaft nicht geschafft, schnell und perspektivisch die europäischen Staaten zusammenzubringen und ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren. Drittens ist Europa noch immer ein zuerst wirtschaftlicher Zusammenschluss. Ein gemeinsamer Markt war und ist der zentrale Motor für die europäische Idee. Dass insbesondere in den vergangenen Jahren weitere Felder europäisch verankert worden sind, darf nicht über ein grundsätzliches Misstrauen der EU-Staaten und ihrer Bürger/innen gegen eine zentrale Einigung verstanden werden. Dies aber schwächt die EU gerade in Hinblick auf eine gemeinsame außenpolitische Positionierung.

USA vs EU?

Insbesondere die USA haben derzeit nur wenig Interesse an einem vereinten Europa in politischer Hinsicht. Das Vorgehen der Bush-Administration verdeutlicht dieses nur zu gut. Zwar begrüßen die USA einen erweiterten europäischen Freien Markt - ein zentraler politischer Zusammenschluß hingegen wird als drohende Konkurrenz und potenzielle Bedrohung wahrgenommen. Somit ist aus der derzeitigen US-amerikanischen Sicht die Spaltung der EU auf politischer Ebene durch bspw. der engen Zusammenarbeit mit Großbritannien oder Polen plausibel.

Fakt ist, dass die Bush-Administration momentan die weltpolitische Agenda setzt und dreist multilaterale Verträge und Organisationen umgeht. Der „letzten Supermacht“ scheint derzeit tatsächlich niemand etwas entgegenzusetzen zu wollen und können. Als vermeintliche Antwort wird auf europäischer Seite der wenig durchdachte Spagat zwischen latentem und offenem Anti-Amerikanismus und blinder Gefolgschaft gefahren. Dass dabei anachronistische nationale Alleingänge gerade im Rahmen der EU an der Tagesordnung sind, mahnt dringenden Handlungsbedarf an.

Dringend benötigte Reformen

Der bisherige Aufbau der europäischen Institutionen und das inner-europäische Machtgefälle sind zentrale Herausforderungen für die politische Einigung Europas. Dass sich diese Problemlinien durch die Erweiterung vertiefen werden ist eine der großen Befürchtungen. Das bestehende System erscheint nur schwer in der Lage, eine gemeinsame Linie zu entwickeln ohne durch Blockade einzelner Staaten handlungsunfähig zu sein. Grundlegend ist also eine Reform der europäischen Institutionen mit dem Ziel, eine demokratisch legitimierte handlungsfähige gemeinsame europäische Politik unter größtmöglichen paritätischen Beteiligungsmöglichkeiten der einzelnen Staaten zu erreichen. Dies kann nur durch die Stärkung der Kommission sowie des Parlaments gegenüber den Räten erreicht werden. Einstimmige Ratsentscheidungen sind bereits jetzt oftmals hinderlich, sodass hier die Einführung eines qualifizierten Mehrheitsentscheid dringend notwendig ist. Des weiteren ist besonders das System der wechselnden Präsidentschaft, das sich bereits in der Vergangenheit als Stolperstein erwiesen hat, reformbedürftig. Schwache Präsidentschaften, wie die jetzige griechische, sind nicht in der Lage, schnell und effizient zu reagieren. Denkbar wäre hier ein auf Zeit gewählter Präsident mit einem ebenfalls gewählten paritätisch besetzten Gremium. Gewährleistet würde dadurch eine längere Kontinuität und eine größere Handlungsfähigkeit.

Transparenz und Partizipation als Eckpfeiler

Im Mittelpunkt jeglicher Reformen auf europäischer Ebene muss die Erhöhung der Transparenz europäischer Prozesse und von Partizipationsmöglichkeiten stehen. Dabei gilt es tatsächlich ein „Europa der Bürger/innen“ zu forcieren. Insbesondere die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in alle Politikfelder (einhergehend mit einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in den Beitrittsländern) ist hier zu nennen. Europa kann nur dann eine politische Ausgestaltung und Verankerung bekommen, wenn sie von der Bürger/innen und nicht den Nationalstaaten bestimmt wird.

Chancen und Risiken der Erweiterung

Die nun anstehende Erweiterung der EU bietet Chance und Risiko zugleich. Definitiv ist sie eine immens große Herausforderung, will man nicht nur eine erweiterte freie Wirtschafts- und Handelszone als Ziel erreichen. Gekoppelt an die europäischen Initiativen im Einheitsprozess der vergangenen Jahre jedoch wird die Chance zu einer politischen Ausgestaltung greifbar.

Nicht nur der Konvent mit dem Ziel eine europäische Verfassung zu erarbeiten, sondern auch die Schritte insbesondere der EU-Kommission unter dem europäischen Dach gemeinsame Schritte zu koordinieren und Themen zu implementieren, zeigen den Handlungsbedarf Europas auch in Gebieten außerhalb wirtschaftlicher Einigung die politische Ausgestaltung zu forcieren. Daran gilt es anzuknüpfen und diesen Prozess weiter auszugestalten. Denn viele Probleme als Folge des gemeinsamen Marktes sind längst nicht mehr nationalstaatlich zu lösen, sondern bedürfen gemeinschaftlicher Initiativen. Eine politische Ausgestaltung der EU ist darüber hinaus nur unter bestimmten Vorzeichen denkbar. Der Prozess muss transparent gestaltet sein und ist nur umsetzbar, wenn er durch die Bürger/innen demokratisch legitimiert und verankert ist. Des weiteren sind ausreichende Partizipationsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen unabdingbar zu einer gerechten und nachhaltigen Ausgestaltung der EU - insbesondere um Themenfelder neben der wirtschaftlichen Ausgestaltung zu besetzen.

Verfassung als Grundlage

Grundlage für eine gemeinsame politische Ausgestaltung der EU kann die im Entstehen begriffene Verfassung sein. Nicht nur aufgrund der darin verankerten gemeinsamen Werte, sondern auch durch die Aufnahme gemeinsamer (politischer) Zielsetzungen, ist die zukünftige Verfassung als Weiterentwicklung einer europäischen Politik zu begreifen. Dass die Verfassung diese Rolle aber auch erfüllen kann, liegt maßgeblich am weiteren Vorgehen des Konvents und der letztendlich zu verabschiedenden Version. Dies betrifft sowohl die inhaltliche Ausgestaltung als auch die Verankerung der Akzeptanz durch die Bürger/innen und die Staaten. Insbesondere die potentielle Hereinnahme des Euratom-Vertrags in die Verfassung, sowie das autoritäre Vorgehen des Konvents-Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing sind kontraproduktiv und stehen einer breiten Akzeptanz der zukünftigen Verfassung im Weg. Zudem sollte die Verfassung in allen EU-Staaten via Plebiszit verabschiedet werden.

Gemeinsame Außenpolitik

Nicht nur aufgrund der derzeitigen Uneinigkeiten der EU-Staaten, sondern auch in Hinblick auf die Erweiterung und die globalen Herausforderungen, erscheint die Koordinierung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Außenpolitik sinnvoll. Durch eine gemeinsam abgestimmte Außenpolitik können glaubhafte und damit durchsetzungsfähige Strategien entwickelt werden, die nationalem Alleingängen vorbeugt und unter dem Dach internationaler Organisationen und Verträge koordiniert ist. Dazu bedarf es jedoch einiger grundlegender Eckpunkte. Ziel kann und darf nicht das Entstehen einer neuen „Supermacht“ sein. Somit ist den Analysen, Europa brauche eine gemeinsame schlagkräftige Armee (gerade gegenüber den USA) entschieden entgegenzutreten. Des weiteren muss eine gemeinsame Außenpolitik auf Grundlage internationaler Vereinbarungen und völkerrechtlichen Bestimmungen basieren, bzw. der Stärkung und Ausgestaltung dieser dienen. Und letztlich dürfte insbesondere die Koordinierung der nationalen Interessen die größte Herausforderung sein. Gerade die Beitrittsländer sind in die Ausgestaltung des Prozesses von Anfang an einzubeziehen - vollendete Tatsachen vor der Erweiterung erschweren eine gemeinsame Koordinierung entscheidend. Ebenso sollte über neue Wege nachgedacht werden - gerade die Einbeziehung der Zivilgesellschaft muss hier genannt werden.

Fazit

Eine politische Ausgestaltung der Europäischen Union und eine Reform der EU-Institutionen ist dingend notwendig. Sollte dies nicht gelingen, kann eine Integration der Beitrittsländer nur schwer gelingen. Zudem sind die meisten externen und internen Problematiken de facto nicht mehr nationalstaatlich zu lösen. Ziel ist es jedoch nicht, die Vereinten Nationen von Europa zu installieren, sondern auf europäischer Ebene die politische Ebene unter der Prämisse einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung auszubauen. Europa muss nicht mit einer Stimme sprechen, aber Europa sollte sich gemeinsam abstimmen um nicht intern und extern entscheidende Schwächen zu offenbaren, die Lösungen abseits einer „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“-Politik ermöglichen.

Unstrittig ist, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Die zahlreichen Initiativen seitens der EU beweisen dies. Letztendlich aber müssen die Staaten der EU den politischen Willen zeigen und bereit sein, nationale Souveränität an die EU abzugeben. Die EU hingegen muss sich bewusst sein, dass sie nicht nur transparenter werden muss, sondern auch ausreichende Partizipationsmöglichkeiten eröffnen muss. Nur dann ist eine vernünftige politische Ausgestaltung und eine breite Akzeptanz möglich.

Kontakt: info@perglobal.com